

Prozesse gegen die ablehnende Haltung der Künstlersozialkasse gibt es zuhauf und längst nicht alle Kreativen und künstlerisch Selbständigen trauen sich den Weg der Klage zu. Grund ist meist, dass kaum eine andere Organisation wie die KSK so penibel Kunst von anderen Tätigkeiten trennt. Mit nur einem Grund: möglichst wenig Mitglieder zu haben.

Das alleine steht im krassen Widerspruch zu Sinn und Aufgabe der staatlichen Organisation unter dem Dach von Sozialministerin Andrea Nahles (SPD). Im Koalitionsvertrag wurde seinerzeit festgehalten: „Wir werden die Künstlersozialkasse erhalten und durch eine regelmäßige Überprüfung der Unternehmen auf ihre Abgabepflicht hin dauerhaft stabilisieren.“ Ein Lippenbekenntnis, nicht mehr. Aber vor allem: um was geht es eigentlich? Die KSK gewährt künstlerisch und publizistisch selbständig Tätigen Zuschüsse zu Kranken- und Altersvorsorge in Höhe von 50%. Nach eigenen Angaben hat sie etwa 180.000 Mitglieder mit durchschnittlich einem Jahreseinkommen von 14.500,- €. Das sind etwa 1.200,- € je Monat! Die Kosten für die Zuschüsse zur Sozialversicherung belaufen sich auf ca. 170 Mio. Euro. Nur 20% des Beitrag-Etats wird vom Bund gezahlt. 50% kommt von den Versicherten selbst, 30% von abgabepflichtigen Unternehmen. Kurzum: über was reden wir eigentlich? Dass uns Kunst und ihre Ausführenden nichts wert sind! Wenn Martin Schulz und Andrea Nahles von Sozialer Gerechtigkeit reden, dürfte selbst den Kreativsten dieser Republik dazu nicht mehr viel einfallen.

(09. Jun. 2017, hl)

Verwandte Beiträge



Wenn guter Rat zu teuer ist



„Kollegen, haltet zusammen!“



Was kann, was sollte, was muss man?



Ein politisches Signal tut Not!

